

Andrea Ellmeier

„Die Frauen kommen! Die Frauen!“

100 Jahre Internationaler Frauentag und der Kampf um das Wahlrecht

Heute gehen in den westlichen Gesellschaften viele – darunter mehr Männer als Frauen – nicht mehr zur Wahl, weil sie nicht glauben, dass ihre Stimme zählt, weil sie den Bezug zu der Bedeutung eines „endlich wählen gehen dürfen“ verloren bzw. nie gehabt haben.

Wie kann innerhalb von 100 Jahren ein einst so starker Wunsch, mitwählen, mitbestimmen zu dürfen, sich so verändern, dass heute viele gar nicht mehr wählen gehen, respektive erst davon überzeugt werden müssen, dass es demokratiepolitisch adäquater ist, einen weißen Stimmzettel abzugeben als nicht zu wählen. Was kann zu dieser Wahl- und Politikmüdigkeit geführt haben?

Der globale Sieg des Kapitalismus hat seit 1989 – nach dem Niedergang des Realen Sozialismus sowjetischer Prägung – zu einem ungehinderten globalen Höhenflug des neoliberalen Wirtschaftskapitalismus geführt, der ein fast perfektes System eines ungestoppten globalen Kapitalflusses beförderte, der Nicht-Besitzende zu definitiven Verlierer*innen machte, was sich insbesondere in der Verschlechterung der Verhandlungsposition von Arbeitnehmer*innen im Verhältnis zu Arbeitgeber*innen ausdrückte. Durch diesen Siegeszug des Kapitals waren die nationalstaatlich organisierten männerbündischen Gewerkschaften enorm unter Druck gekommen. Ihr Verhandlungsspielraum ist durch die globalisierte Wirtschaft deutlich kleiner geworden. Haben sie doch auf eine nicht lösbare Frage zu antworten: Kämpfen sie um höhere Arbeitslöhne, drohen die internationalen Konzerne mit Abwanderung, was zu einem Totalverlust von nationalen Arbeitsplätzen führen kann. So hat sich ein höchst kompetitiver und Umwelt zerstörender globaler Kapitalismus heraus gebildet. In den westlichen Staaten führten neben dieser spezifischen wirtschaftskapitalistischen Lage nach der Wirtschaftskrise 2008 und anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen wie auch die Europa immer stärker konkret betreffende politische Entwicklung im Nahen Osten zu einem aktuell generell großen politischen Unsicherheitsgefühl. Diese wachsende Unsicherheit auf allen Ebenen wie auch die anonymen Hassreden im Netz, die alle politisch Tätigen – politisch aktive Frauen aber in einem überaus großem Ausmaß betreffen – unterminieren fortwährend das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik. Dies führte u.a. zu einer stetig fallenden Wahlbeteiligung. Es zeigt sich, dass mehrererlei gleichzeitig geschehen müsste und zwar sofort: Effektive Bekämpfung der anonymen Hassreden und Aufbau einer anderen Netzkultur sowie ungehende Demokratisierung EU-Europas, insbesondere eine europaweite aktive Flüchtlingspolitik, die alle europäischen Staaten einbindet. Seit 2015 hat sich der gesamte Zustand von EU-Europa bereits so stark destabilisiert, dass es höchste Zeit ist, alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen noch viel transparenter öffentlich zu diskutieren.

Ein Blick zurück

Wer sich einmal mit der langen Geschichte des Kampfes um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen beschäftigt und nachgelesen hat, was es

im nationalstaatlich geordneten Europa Ende des 19. Jahrhunderts bedeutete wählen zu dürfen, die/der wird das aktive und passive politische Wahlrecht als eines der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten erkennen. Ein solcher Mensch wird sich möglicherweise selbst über eine Partei, eine politische Gruppierung oder eine zivilgesellschaftliche Initiative politisch äußern, jedenfalls zu der Gestaltung von Öffentlichkeit und Privatheit im Kontext einer westlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung beitragen. Wer sich mit der Geschichte des Wahlrechts auseinandersetzt, damit, dass es historisch gesehen ja lange gar nicht möglich war, dass tatsächlich auch *a l l e* Personen eines Staates über einer gesetzlich bestimmten Altersgrenze *w ä h l e n d ü r f e n* – unabhängig von sozialer Lage (Stand), Religion oder Geschlecht – dem/der wird klar, dass vielfacher hoher persönlicher Einsatz notwendig gewesen war, dies zu erreichen.

Die europäischen Massenparteien, vor allem die Sozialdemokratien, waren Ende des 19. Jahrhunderts dafür angetreten, dass *a l l e K l a s s e n* – zuerst die Männer, danach die Frauen – Zugang zur politischen Mitbestimmung erhalten sollten. 1907 war in Österreich das allgemeine Männerwahlrecht nach langen Kämpfen und auch unter tatkräftiger Mithilfe der Frauenorganisationen der Sozialdemokratie erkämpft und durchgesetzt worden. Danach stand innerhalb der Sozialdemokratie dem Kampf ums Frauenwahlrecht eigentlich nichts mehr im Wege, aber die männliche Unterstützung für die Durchsetzung des Frauenwahlrechts ließ doch immer wieder zu wünschen übrig. Es fehlte an der Überzeugung, dass man den doch oft religiös motivierten Arbeiterfrauen etwas so Wertvolles wie das eigenständige Wahlrecht überlassen wollte. Die Gefahr, dass diese Frauen christlich-sozial und nicht sozialdemokratisch wählen würden, war gegeben. Der sozialdemokratische Wahlstatistiker der Ersten Republik – Robert Danneberg – wies oft auf die „Kosten“ des den Frauen 1918 zugestandenem Wahlrecht für die Genossen hin: „Die Sozialdemokratie hat also durch das Frauenwahlrecht im Jahre 1920 2, 1923 3 Mandate, 1927 1 und 1930 1 Mandat eingebüßt.“¹

Pros und Cons Frauenwahlrecht

Wer hatte überhaupt für das Frauenwahlrecht gekämpft? Anders als der gemäßigte Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, der entsprechend dem weiblichen bürgerlichen Geschlechtscharakter (Hausen 1976²) sich in realpolitischer Zurückhaltung bzw. an einer nach Geschlecht differenzierten Welt orientierte, führte der radikale Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung das politische Wahlrecht seit seiner Gründung – neben der Öffnung der Universitäten für Frauen – an vorderster Stelle in seinem Forderungskatalog. Wie auch bereits auf der ersten sozialdemokratischen Frauenversammlung im Herbst 1893 in der Wiener Penzinger Au, vier Jahre nach der Gründung der österreichischen Sozialdemokratie (1889), das Frauenwahlrecht eingefordert worden war. Es war aber bezeichnend für die Politik der Frauenorganisation der Sozialdemokratie, dass die Forderung des Frauenwahlrechts zunächst im Interesse einer gemeinsamen sozialistischen Zukunft für den Kampf um das

¹ Robert Danneberg, Die Wiener Wahlen 1930 und 1932. Statistische Betrachtungen, Sonderdruck aus der Monatszeitschrift „Der Kampf“ o.O.o.J.[Wien 1932]

² Karin Hausen, „Die Polarisierung der ‚Geschlechtscharaktere‘ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976, 363-393

allgemeine, gleiche und geheime Männerwahlrecht zurückgesetzt wurde. Die Priorität des gemeinsamen Kampfes (der Geschlechter) für eine sozialistische Zukunft verweist auf die zentrale Differenz zur bürgerlichen Frauenbewegung, die sich als „radikal“ und „bürgerlich“ nicht für eine sozialistische Zukunft sondern für mehr Rechte innerhalb der herrschenden kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaftsordnung einsetzte. Nach der Erreichung des Männerwahlrechts galt in den international orientierten europäischen Sozialdemokratien die Devise „volle Kraft für das Frauenwahlrecht“.

Die christlich-soziale Partei wie auch ihre Frauenorganisation waren hingegen keine Vertreter*innen des Frauenwahlrechts. Sie hielten es mit der Tradition, die vorsah, dass es *kein* Frauenwahlrecht geben sollte. Christlich-soziale Frauen glaubten an und lebten die bürgerliche Vorstellung der fundamentalen Wesensunterschiede zwischen männlichem und weiblichen Geschlecht, da fiel das nicht-vorhandene Frauenwahlrecht wenig auf, weil sowieso fast alle Aktivitätsbereiche der Geschlechter streng getrennt gedacht und gelebt wurden.

Die deutsche Sozialistin, spätere Kommunistin Clara Zetkin rief 1910 bei der Zweiten Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen zu einem Kampftag für das Frauenwahlrecht, zum ersten Internationalen Frauentag auf, dem vor allem, aber nicht nur sozialistisch gesinnte Frauen folgten: „Eine neue, ungewohnte Erscheinung. Frauen ziehen hinter roten Fahnen her! Ernst und schweigsam. Der ganze Zug atmet die Würde des Augenblicks. ... Tausende, viele Tausende sind es, die im Sonnenglanz des warmen Vorfrühlingsstages dahinschreiten (...). ‚Die Frauen kommen!‘ Man sagte nicht: ‚Die Demonstration kommt!‘, nicht: ‚Der Zug ist da!‘ Nein, man raunte sich nur zu: ‚Die Frauen kommen! Die Frauen!‘“³

So stand es am 20. März 1911 in der österreichischen Arbeiter-Zeitung. Einen Tag zuvor, am 19. März 1911, war in einigen europäischen Ländern – darunter Österreich, Deutschland und Belgien – erstmals der Internationale Frauentag begangen worden. In Wien zogen 20.000 Menschen, vor allem Frauen und einige Männer, den Ring entlang bis zum Rathausplatz. Es waren großteils Arbeiterinnen, die sich zu diesem Aufsehen erregenden „Marsch der Frauen“⁴ zusammengeschlossen hatten, um für die politische Gleichberechtigung von Frauen auf die Straße zu gehen.

Zu dieser Zeit traten in einigen europäischen Ländern mehrere gesellschaftliche Gruppen für das Frauenwahlrecht ein. Der Kampf ums Frauenwahlrecht dauerte lange, war schillernd und oft auch laut. Insbesondere die britische Suffragettenbewegung, darunter viele bürgerliche Frauen, erregte mit spektakulären Aktionen großes Aufsehen,

³ Zit. nach: Gabi Horak, Lea Susemichel, Die Frauen kommen! Die Frauen! Der Internationale Frauentag wird hundert. Und blickt auf eine aufregende Geschichte zurück, in: *anschläge. Das feministische Magazin* 3/2011 <http://www.anschlaege.at/feminismus/2011/03/„die-frauen-kommen-die-frauen“> (download 6.8.2016) Vgl. zur Geschichte des Frauentages den erhellenden Band: Heidi Niederkofler, Maria Mesner, Johanna Zechner (Hg.innen): *Frauentag! Erfindung und Karriere einer Tradition*, Löcker Verlag 2011

⁴ „The March of Women“ heißt das bekannte Frauentagslied der britischen Komponistin Ethel Smyth, die eine Mitkämpferin der Suffragettenbewegung war, sich an ihren Aktionen beteiligte und dafür auch einige Zeit ins Gefängnis musste. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/The_March_of_Women

weil sie – im Unterschied zum vorgesehenen bürgerlichen „weiblichen Geschlechtscharakter“ – zu drastischen Mitteln griff, um ihre Forderung „heraus mit dem Frauenwahlrecht“ zu unterstreichen: passiver Widerstand wie auch Angriffe auf die Polizei, um verhaftet zu werden. Im Gefängnis gingen die Suffragetten in den Hungerstreik, um auf diese Weise ihre politische Forderung nach dem Frauenwahlrecht durchzusetzen.

Ein Mensch – eine Stimme

Lange war da bereits ein allgemeines auf alle Geschlechter bezogenes lautes Aufbegehren der Nicht-Wahlberechtigten zu hören gewesen. Durch die Gründung der Massenparteien – der sozialdemokratischen Partei (1889) und der christlich-sozialen Volkspartei (1893) – verdichtete sich all dieses Wollen, das Dabeisein beim Entscheiden über Politiker*innen, die die Bevölkerung repräsentativ vertreten. Dieses politische Begehren der (stimmlosen) Bevölkerungsmehrheit, von Menschen der unteren mittleren und unteren Schichten, der Arbeiterklasse, forderte das politische Gefüge aus hoher Aristokratie und wohlhabendem Bürgertum heraus, indem politische Mitbestimmung eingefordert wurde. Das bedeutete konkret „ein Mensch – eine Stimme“, eine neue, für alle Menschen gleiche demokratische Grundlage! Nie zuvor war Wahl so gedacht worden. War es doch noch bis Ende des 20. Jahrhunderts üblich gewesen, dass bei Vorträgen über die griechische und römische Demokratie gesprochen wurde, ohne dazu zu sagen, dass die Frauen und Sklav*innen des alten Griechenland und des antiken Rom da nicht mitgemeint waren, sie diese Rechte nicht besaßen. „Ein Mensch eine Stimme“ war eine um 1900 noch ganz neue Forderung. Zu keiner Zeit vorher waren (Wahl)Stimmen von nach Stand (soziale Lage) und Geschlecht unterschiedlichen Menschen gleich viel wert gewesen. War doch im Zensuswahlrecht (Deutschland) bzw. Kurienwahlrecht (Österreich) die Stimme von Besitzenden – darunter sogar einige wenige Frauen – um vieles mehr wert gewesen als die Stimmen von nichtbesitzenden Personen. Vor dem allgemeinen gleichen geheimen Wahlrecht für alle Männer entschied die Größe des Besitzes, die Höhe der Steuerleistung über das „Gewicht“ der politischen Stimme.

Der Frauentag jährte sich im Jahr 2011 zum hundertsten Mal. Anlässlich dieses Jubiläums mobilisierte in Österreichs Hauptstadt Wien die *Plattform 20000frauen* erneut viele Frauen. Sie rief Frauen* und feministische Initiativen zu einer breiten Allianz und gemeinsamen Demonstration auf, „ohne Differenzen und Vielfalt zu leugnen“. „AUS. Aktion.Umsetzung.Sofort“ war das Motto und auf einer eigens gegründeten Homepage wurden aktuelle Forderungen von Feminist*innen und Frauenorganisationen gesammelt und veröffentlicht.⁵ Denn auch wenn das zentrale Anliegen von 1911 – „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“ – inzwischen erfüllt ist, sind es andere Forderungen bis heute nicht: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ etwa war schon vor 100 Jahren auf den Plakaten zu lesen.

Kleiner Exkurs: Wenn im Jahr 2015 der Film „Suffrage“ der britischen Regisseurin Sarah Gavron die Aufbruchstimmung der britischen Suffragettenbewegung mit einer Geschichte einer Arbeiterin, die sich aus Überzeugung und gegen den Willen ihres

⁵ Plattform 20000 frauen vgl. <http://www.20000frauen.at/>

Ehemannes den Suffragetten anschließt, erzählt wird, stellen sich für die Zuschauer*innen mehrere Fragen. Unverständlich bleibt nämlich den gesamten Film über die *story* selbst. Warum? Die zentrale Identifikationsfigur ist eine mutige, weitsichtige Arbeiterin, die sich gegen sexuelle Übergriffe wehrt wie sich auch soildiarisch ihren Kolleginnen gegenüber verhält, die sich – so der nicht argumentierte Plot des Films – einer ihren (eigenen) Lebensbedingungen fernen Frauengruppe – den bürgerlichen Suffragetten – anschließt. Sie wird aufgrund ihrer Klassensituation wohl nie „eine von ihnen“ sein können. Interessanterweise ist diese offene Frage des Films eine ungelöste Frage des Ersten-, Zweiten- und Post-Feminismus. Schade, dass gerade diese sehr realitätswirksame Ambivalenz zwischen Geschlecht und Klasse – die Differenzkategorie Ethnie kommt im Film nicht vor –, in diesem neuesten Frauenwahlrechtsfilm auch *nicht* thematisiert wird.

Fazit

Dass heute zur Wahl-gehen nicht mehr *state of the art* ist, zeigt uns die (fast) kontinuierlich niedriger werdende Wahlbeteiligung in europäischen Staaten – wahlmüde Bürgerinnen und Bürger da und dort. Ganz anders war da die Situation vor 100 Jahren: viel hatten sich die Kämpfer*innen vom Wahlrecht erwartet – für alle, gerade aber auch für die Frauen. Viel hatten sie sich an politischer und sozialer Mitbestimmung erhofft. Warum glaubt daran heute kaum wer? Was ist passiert? Die politischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, die großen Volksparteien, sind keine großen Parteien mehr. Diese ehemaligen Großparteien suchen heute einerseits Inhalte und klammern sich andererseits an ihre (in diesem Jahrhundert zugewachsene/zugestandene) Macht. Diese Macht wieder los zu lassen, in Opposition zu gehen, dafür reicht es meist nicht. U.a. deshalb auch glauben Wähler*innen den von diesen Parteien nominierten Politiker*innen nicht mehr. Diese müssten jedoch in der Lage sein auch etwas verlieren zu können, wenn sie sich für eine politische Idee, eine bestimmte Lösung einer grundlegenden staatlichen Frage einsetzen: gefragt wäre Risikobereitschaft.

Wer aber geht als Politiker*in für ihre/seine Ideen durch ein Journalist*innenfeuer, wer für Ideen durch den drohenden *shitstorm* der sozialen Medien? Wer tritt überhaupt noch für politische Ideen an und auf? Gut ist es jedenfalls dann, wenn der hohe persönliche Einsatz deutlich wird und damit Politiker*innen als Vorbilder für das Gemeinwohl angesehen werden. Eine hohe Anerkennung von Politiker*innen wie auch allgemein der politischen Tätigkeit ist eine Voraussetzung, damit Wähler*innen wieder heraus kommen aus ihren (Schnecken)Häusern des Nicht-Wählens.

100 Jahre nach der Erringung des Frauenwahlrechts *ist* vor dem Erringen des Migrant*innenwahlrechts. Gefragt ist heute wie damals politischer Einsatz: vor 100 Jahren für das Frauenwahlrecht, heute für die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Adressat*innengruppen sind unterschiedlich, das Begehren gleich: politische Anerkennung und Mitbestimmung in der Gesellschaft.

Verfasst im September 2016